

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tagesblatt Riesa.
Bismarck Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1390
Ciccolotta Riesa Nr. 22.

Nr. 246.

Donnerstag, 20. Oktober 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 3.— Mark ohne Postgebühren. Einzelnummer 20 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.50 Mark, Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweissungs- und Vermittlungsgebühren 50 Pf. Feste Tarife. Bemühter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen worden muß oder bei Auftragsgeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Ergäuter an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Jüngere Schreibkraft

(m. oder w.) gegen tarifmäßige Bezahlung als Ausschluß zum baldigen Antritt gesucht.
Finanzamt Riesa, am 19. Oktober 1921.

Personenstandsaufnahme in der Gemeinde Gröba.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat eine Personenstandsaufnahme für das gesamte Reichsgebiet nach dem Stande vom 20. Oktober 1921 angeordnet und für die Gemeinde Gröba uns mit der Durchführung beauftragt.

Aus diesem Grunde werden in diesen Tagen entsprechende Vorbrücke den Hausbesitzern und Wohnungsinhabern zugestellt.

Jeder Inhaber einer selbständigen Wohnung hat einen Wohnungslistenvordruck nach dem Stande vom 20. Oktober 1921 nach Maßgabe der aufgedruckten Anleitung sorgfältig auszufüllen, zu unterschreiben und alsdann spätestens bis 31. Oktober 1921 an den Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter zu übergeben.

Der Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter hat die Wohnungslisten auf die Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen, etwaige Mängel abstellen zu lassen und alsdann für jedes Hausgrundstück die Bescheinigung (Vordruck Personenstandsaufnahme) fertigzustellen und zu unterschreiben.

Die Wohnungslisten und die zugehörigen Bescheinigungen sind von den Hausbesitzern spätestens bis zum 5. November 1921 an unsere Steuerkasse — Zimmer Nr. 5 — einzureichen und zwar entweder persönlich oder durch eine Person, die über die Verhältnisse unterrichtet ist und nötige Auskunft erteilen kann.

Sollten Wohnungslisten-Vordrucke noch gebraucht werden, so können solche kostenlos in unserer Steuerkasse entnommen werden.
Gröba (Elbe), am 19. Oktober 1921.

Der Gemeindevorstand.

Gemeindevortreterwahl in Gröba.

Da die Wahlzeit der jetzigen Gemeindevortreter am 31. Dezember 1921 abläuft, hat Neuwahl auf die nächsten 3 Jahre zu erfolgen. Die Wahl der Gemeindevortreter findet Sonntag, den 20. November 1921 statt. Es sind 20 Gemeindevortreter zu wählen. Wählbar sind alle Stimmberechtigten, Stimmberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Tage des Abschlusses der Wählerlisten das 20. Lebensjahr vollendet und im Gemeindebezirk ihren wesentlichen Wohnsitz haben. Jeder Stimmberechtigte hat eine Stimme. Ausgeschlossen von der Stimmberechtigung ist, wer

1. unmündig ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht;
2. im Konturs ist;
3. infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

Die aufgestellten Wählerlisten liegen vom 22. bis 29. Oktober 1921 während der üblichen Geschäftsstunden im Gemeindegasthaus, Zimmer Nr. 6, zu jedermanns Einsicht aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerlisten sind bei Verlust des Einspruchsrechtes binnen 8 Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Ortsbehörde schriftlich oder zu Protokoll anzubringen und unter Vorlegung der erforderlichen Nachweise zu begründen.

Der Gemeindevorstand.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 20. Oktober 1921.

Die augenblickliche Lage der Kartoffelversorgung.

In einer im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter Vorsitz des Ministers Dr. Hermes abgehaltenen Besprechung wurde die augenblickliche Lage der Kartoffelversorgung und die Preisentwicklung eingehend besprochen und im Anschluß daran die Maßnahmen erörtert, die geeignet sind, eine Verstärkung der Anlieferungen und eine Eindämmung der Preise herbeizuführen. Seitens des Ministers und seines Vertreters wurde mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß im Interesse der Konsumenten eine Senkung der Kartoffelpreise dringend notwendig sei; und die Vertreter von Landwirtschaft und Handel wurden ersucht, im Hinblick auf den Ernst der Lage kein Mittel unversucht zu lassen, um eine Preislenkung herbeizuführen. Weiter wurde dringend empfohlen, die bereits in vielen Teilen eingeleitete Diszation, durch Abgabe verbilligter Kartoffeln die Rolle der minderbemittelten Bevölkerung zu lindern, die bereits in einzelnen Landesteilen mit unerwartetermaßen Erfolg durchgeführt ist, in noch größerem Umfang möglichst in allen Teilen des Reiches zur Durchführung zu bringen. Auch die Frage der Festsetzung einheitlicher Höchst- und Richtpreise, die von Seiten der Konsumenten vielfach gefordert wird, wurde eingehend besprochen, von Landwirtschaft und Handel aber einstimmig mit der Begründung abgelehnt, daß eine solche Maßnahme lediglich geeignet sei, die Ware vom Markt zu vertreiben und dadurch zu einer Verschärfung der Versorgung zu führen. Die Vertreter von Landwirtschaft und Handel stimmten den Ausführungen des Ministers darin zu, daß auch sie die augenblickliche Preisentwicklung in Anbetracht der starken Belastung der Konsumenten für bedauerlich hielten, und versprachen, durch Einwirkung und Aufklärung innerhalb ihrer Berufsgruppen auf eine Senkung der Preise hinzuwirken zu wollen. Desgleichen wiesen sie darauf hin, daß bereits in vielen Bezirken und Kommunalverbänden Diszationen zwecks Verringerung der minderbemittelten Bevölkerung mit verbilligten Kartoffeln eingeleitet seien. Sie versprachen, in Anbetracht der Notlage der Konsumenten nochmals ihre Berufsgruppen auf die Wirksamkeit derartiger Diszationen hinweisen zu wollen. Über einstimmig wurde die Ursache der unglücklichen Preisentwicklung in dem mangelhaften Abtransport der Kartoffeln gesehen und insbesondere die störende Abfuhr aus den Haupterzeugungsgebieten Pommern, Westpreußen und Mecklenburg beklagt. Seitens des Vertreters des Reichsverkehrsministeriums wurde dem entgegengehalten, daß vom 1. September bis zum 14. Oktober insgesamt 128 663 Wagen zum Abtransport der Kartoffeln gestellt seien. Rechnerisch sei eine Wagenladung von 10 T. so ergeben sich, daß in diesem Jahre bis zum 14. Oktober 25 732 000 Zentner den Bedarfsbezirken zugeführt worden seien. Diese Zahl bliebe hinter der des Vorjahres lediglich um 1 Million Zentner zurück. Nicht berücksichtigt ist hierbei der Stadtguttransport, der nach der kürzlich eingeführten Verkehrsabänderung besonders umfangreich sein wird. Das Reichsverkehrsministerium beabsichtigt jedoch, noch durch weitere einschneidende Maßnahmen eine Verstärkung der Abtransportleistung zu erzielen. In dem Schluß-

wort des Ministers wurde Landwirtschaft und Handel nochmals mit Entschiedenheit ersucht, sich der Notlage der Konsumenten nicht zu verschließen und in gemeinschaftlicher Arbeit mit den zuständigen Behörden und Organisationen darauf hinzuwirken, daß diejenigen Berufsgruppen, die in Verletzung der Notlage der Konsumenten durch zu hohe Preisforderungen sich in ungerechtfertigter Weise bereichern, rückwärts zur Rechenschaft gezogen werden. Er bitte, in weitestem Umfange durch Aufklärung in der lokalen Presse und durch Rundschreiben an die unterstellten Organisationen die Landwirtschaft zu einer verstärkten Anlieferung zu angemessenen Preisen anzuhalten und durch lokale Verhandlungen die bereits eingeleiteten Diszationen zu unterstützen und auf breitere Basis zu stellen. Das die Transportfrage anlangt, so hoffe er, daß es dem Reichsverkehrsministerium gelingen werde, das günstige Verkehrsnetz noch zu einer möglichst starken Abfuhr von Kartoffeln zu benutzen. Er wolle erwarten, daß der oben angegebene Gesamtverbrauch an Kartoffeln aus unbeschränkter nicht anzusehen sei und daher auch für die Bevölkerung zu übertriebener Versorgung kein Anlaß vorliege.

Der Vorstand des Deutschen Städte- und Wohnbauvereins. In der Vorstandssitzung in Berlin am 18. Oktober wurde die von Jahr zu Jahr brennender werdende Wohnungsbaufrage, die gegenwärtig wieder alle politischen Körperschaften lebhaft beschäftigt, auf das eingehendste erörtert und folgende Entschlüsse gefaßt: 1. Wenn die zur Wahrung der Wohnungsnot dringend notwendige Neubautätigkeit zu Beginn des Jahres 1922 einsetzt, ist es unbedingt nötig, daß unter Zurückstellung der sonstigen Probleme des Wohnungswesens vor allem die Finanzierungsfrage in kürzester Frist geklärt wird, damit alle Vorbereitungen richtig getroffen werden können. Die bisherige Lösung der Finanzierungsfrage, die durch das Reichswohnungsbaugesetz vom 26. Juni 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 773) verankert worden ist, ist gänzlich ungenügend. Es bedarf viel größerer Mittel, um auch nur den allerdringendsten Bedürfnissen gerecht zu werden. Das Reichswohnungsbaugesetz weist aber zugleich den einzig möglichen Weg, wie die notwendigen öffentlichen Mittel zur Förderung der Neubautätigkeit gewonnen werden können. Jedoch müssen die Abgabefähigkeit ganz wesentlich gesteigert werden und zwar in einem solchen Maße, daß daraus die Kapitalaufwendungen für die notwendigen Neubauten, nicht bloß der Zins- und Tilgungsdienst bestritten werden können. Die mit solcher Regelung verbundene Verteuerung der Wohnungsmieten mit ihren Folgewirkungen auf allgemein wirtschaftlichem Gebiete muß, da ein anderer Weg zu der Bekämpfung der Wohnungsnot nicht gegeben ist, als unabwendbar mit in den Kauf genommen werden. 2. Gleichzeitig muß aber auch die Verwendung der öffentlichen Mittel wesentlich anders gehalten werden und es muß vor allem den Gemeinden, welche die entscheidenden Träger der Wohnungsförderung sind, die notwendige Bewegungsfreiheit unter Verzicht auf unnötige Zentralfikation und Mikrotaxierung eingeräumt werden, damit sie die dem öffentlichen Bedürfnis entsprechenden Maßnahmen mit der nötigen Schnelligkeit in die Hand nehmen kann. Ferner muß mehr als es wenigstens in einzelnen Ländern bisher der Fall war, der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die größte Wohn-

ungsnot in den Städten, vor allem den großen und nicht auf dem Lande besteht, und es darf die Bekämpfung der gegenwärtigen dringenden Not in den Städten nicht dem an sich durchaus zu unterstützenden futuristischen ländlichen Zielung zum Opfer gebracht werden.

Das Schicksal von 6 Millionen Deutschen. Darüber sprach am Mittwochabend auf Einladung der hiesigen Ortsgruppe des Adelsverein in einer sehr gut besuchten Versammlung im Hotel Wettiner Hof der deutschösterreichische Politiker Joseph H. Döber aus Graz. Der Ortsgruppen-Vorsitzende, Herr Lehrer Jante, richtete begrüßende Worte an die Erschienenen und an den Vortragenden und lenkte hierauf das Augenmerk auf Oberschlesien. Er legte der Versammlung die nachstehende Entschlüsselung vor, die einstimmig angenommen wurde:

Entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages, entgegen dem Ergebnis der Abstimmung, entgegen dem von englischen Exministern wiederholt und feierlich gegebenen Zusicherungen lauter und ehrenhaften Siedels sollen weite deutsche Gebiete Oberschlesiens nach dem Spruche des Völkerbundesrates an Polen fallen, soll das seit 8 Jahrhunderten deutsche Oberschlesien zerrissen werden. Nicht aus dem Geiste des Rechts und der Gerechtigkeit ist dieser Spruch geboren, sondern aus blindem Haß, unersättlicher Gier und der Furcht vor einem erwachenden und erhaltenden Deutschland. Niemals wird das deutsche Volk diese Entschlüsselung anerkennen, niemals sich mit einem zerkümmerten Oberschlesien abfinden, niemals aufhören, in dem ganzen Oberschlesien heiligen deutschen Boden zu sehen. Wir fordern Recht und ungeteiltes Oberschlesien!

Unnötig begann Herr Döber seinen Vortrag. Größer als die Not im Deutschen Reich sei die Not in Deutsch-Oesterreich. Unter den Lebensbedingungen, die man Deutsch-Oesterreich gewährt habe, habe es keine Aussicht, ein Staat zu werden. Man habe vielfach eine falsche Anschauung über die Zustände in Deutsch-Oesterreich. Es habe keine fruchtbaren Länder verloren und seine Industrien eingebüßt. Gleich nach dem Zusammenbruch habe man in Deutsch-Oesterreich gefordert, daß dieses Land ein Stück des Deutschen Reiches werde. Aber es habe an Führern gefehlt, und aus dem Reich sei kein Echo gekommen. Dann habe Frankreich versucht, den Anschlusswillen zu brechen. Alle möglichen Versprechungen seien gemacht worden, die allerdings nur Trugbilder gewesen seien. Die westliche Orientierung der Wiener Wollmilch sei ein Fehler auch hinsichtlich der Entfaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes gewesen. Der Volksverführer von oben sei besonders der Südmartenerverein entgegengetreten. Er habe, wenn in der jüdischen Presse fortwährend von Völkerverbrüderung geredet werde, dem Volke gesagt, was nützt es, wenn wir bereit dazu sind, die anderen aber nicht mitun, wenn uns nur Haß entgegengebracht wird. Das Volk müsse zum völkischen Gedanken ertragen werden, zum Revanchegedanken, wie es die Franzosen nach 70/71 getan hätten, zum Haß. Die vorgeschlagene Volksabstimmung habe die österreichische Regierung zu verhindern gesucht. Es sei darauf versucht worden, die Volksabstimmung in einzelnen Kronländern durchzuführen. Als das Ergebnis der ersten zwei Abstimmungen in die Welt hinausgegangen sei, sei die Wirkung eine wunderbare gewesen. Die Abstimmung in Steiermark habe man dann durch die Drohung verhindert, daß das Land durch serbische Truppen besetzt werde. Es

Der Gemeindevorstand.